

## Nationalstiftung stimuliert die Hauptstadt-Diskussion

# „Denk- und Konzeptaufgabe ersten Ranges“

## Für die Zukunft Berlins: Vier Empfehlungen an Bund und Länder

Parallel zu den gegenwärtig in ihre Endphase tretenden Beratungen der Föderalismus-Kommission von Bundestag und Bundesrat will die Deutsche Nationalstiftung die Diskussion um die Frage stimulieren, welche Rolle Berlin als Hauptstadt des Bundes und der Länder spielen soll und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig sind.

In einem neuen Beitrag fordert die Nationalstiftung alle an der Hauptstadtdebatte Beteiligten auf „die Gräben des föderalen Stellungskrieges“ zu verlassen. Es geht dabei „nicht um eine neuerliche Notopfer-Berlin-Diskussion“, sondern vielmehr um einen wichtigen Beitrag zur Inneneinrichtung der Republik: In dem, was wir von unserer Hauptstadt erwarten, zeigte sich, wie wir uns begreifen – als Staat und Nation.“

Verfasser, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Vorsitzender des Senats der Nationalstiftung, und Stiftungs-Geschäftsführer Dr. Philipp-Christian Wachs, kennzeichnen Berlin in ihrem Beitrag als „Brennpunkt der Nation, als nationales Labor und Pfadfinder der Nation“. Was in Berlin geschehe und wie es wahrgenommen werde, habe - im Guten wie im Schlechten - grundsätzliche Bedeutung für das ganze Gemeinwesen“.

Die Deutsche Nationalstiftung wolle dazu beitragen, dass die Berlin-Frage vor im ganzen Land weiter erörtert wird: „Wir müssen uns vorurteilsfrei damit befassen, was wir von unserer Hauptstadt erwarten. Berlin als Hauptstadt ist für das ganze Land eine Konzept- und Denksportaufgabe ersten Ranges. Wie wir mit Berlin umgehen – als Stadt, als Land, als Hauptstadt -, ist eine Frage unseres Selbstverständnisses und unserer Selbstachtung als Nation.“

Mit vier Empfehlungen geht die Deutsche Nationalstiftung diese „Denk- und Konzeptaufgabe ersten Ranges“ an:

1

**Die Schulden Berlins müssen getrennt nach teilungsbedingten, einigungsbedingten und lokal verursachten Schulden betrachtet werden.**

In seiner Geschichte habe Berlin die Kosten seiner vielfältigen Aufgaben noch nie allein tragen können. Für die Folgen der deutschen Teilung und die Teilung der Stadt gelte dies in besonderem Maße. „Deshalb gehören die ersten beiden Schuldenarten in den Erblastentilgungsfonds des Bundes. Dort sollten sie von der Solidargemeinschaft der Nation durch den Bund geschultert werden. Für den Rest muss Berlin selbst einstehen und dabei – deutlich besser als bisher – seine Ausgabenseite in den Griff bekommen.“

2

**Parallel zur differenzierten Behandlung der Schulden müssen Aufgaben und Kosten von Metropole und Kapitale getrennt werden.**

Noch nie habe sich Berlin aus eigener Kraft gestalten und erhalten können – auch nicht in den Hochzeiten der Industrialisierung: „Berlin war zur Zeit der Teilung in beiden Teilen durch Subventionen verwöhnt. Es war vorauszusehen, dass deren Abbau zu Entzugserscheinungen führen musste. Berlin griff zu einer Alternative: Schulden machen.“ Künftig müssten die Aufgaben Berlins als Kommune, als Land und als Hauptstadt klar definiert und voneinander getrennt werden: „Dies erlaubt der politischen Führung der Stadt, sich auf die schwierige Aufgabe zu konzentrieren, die größte Kommune Deutschlands ordentlich zu regieren: besser als bisher ihre Ausgabenseite in den Griff zu bekommen, ihre Privatisierungspolitik konsequent fortzusetzen, ihre - in Teilen gänzlich ineffizienten - Verwaltung zu erneuern und durch eine schlanke Verwaltung abzulösen, geprägt durch Effizienz, Leistungswille und Bürgernähe, frei von Filz und Korruption“.

3

**Der Umzug von Bonn nach Berlin muss schnellstens vollzogen werden.**

Es sei ein „Anachronismus“ dass ein wesentlicher Teil der Ministerialbürokratie weiter in Nordrhein-Westfalen verbleiben solle. Diese verteuere nicht nur die Kommunikation innerhalb der Verwaltung. Jede teilungsbedingte Dienstreise eines Beamten sei auch „ein Symbol der Halbherzigkeit und Unentschlossenheit gegenüber der Hauptstadt. Hunderttausende haben ihr Leben nach der Einheit neu einrichten müssen. Das ist auch den Mitarbeitern der Bundesbehörden zuzumuten.“

**Für den Hauptstadtprozess ist schnell ein detaillierter Fahrplan nötig.**

Dieser Fahrplan sollte sich an folgenden Rahmenbedingungen orientieren:

- Differenzierung und Klärung der Altschulden Berlins und ihres Schicksals möglichst bald, spätestens 2005. Nur so kann Berlin zeigen, was es selbst erfolgreich zu leisten in der Lage ist.
- Klärung der Frage, ob überhaupt noch eine Fusion Berlins und Brandenburgs in Angriff genommen oder ob darauf verzichtet werden soll.
- Der Solidarpakt II tritt im Jahr 2005 in Kraft. Seine Konkretisierung – auch soweit es um Berlin geht - ist noch nicht abgeschlossen. Die ab 2009 einsetzenden Degressionen müssen, auch soweit es um Berlin geht, genau definiert werden.
- Die EU-Strukturmittel der Ziel-1-Förderung fallen ab 2006 weg bzw. werden nur in erheblich geringerem Maße zur Verfügung stellen. Dies wird einschneidende Konsequenzen für Berlin und für den ostdeutschen Wirtschaftsraum als Ganzes haben. Wie soll darauf reagiert werden?

Berlin, am 4. November 2004.

**Rückfragen und Informationen:**

Deutsche Nationalstiftung, Dr. Philipp-Christian Wachs, Telefon 040 4133 6753  
Am Veranstaltungstag: 0178 414 8509